Fraktion B´90/ DIE GRÜNEN
Bruchköbel
Uwe Ringel
Fritz-Schubert-Ring 11
63486 Bruchköbel

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Guido Rötzler
Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Bruchköbel, 10. Oktober 2018

Antrag Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Rötzler,

hiermit stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel möge beschließen

Verzicht auf Einwegkunststoffprodukte

Die Stadt Bruchköbel verzichtet auf vermeidbare Einwegkunststoffprodukte in den Gebäuden der Stadt sowie in den städtischen Betrieben.
Auf Veranstaltungen, die bei der Stadt anzumelden sind, ist in den Genehmigungen dies verbindlich zur Auflage zu machen.

Begründung:

Die Gefahr für Mensch und Umwelt, die von Einwegkunststoffprodukten ausgeht, ist hinlänglich bekannt. Dennoch hat sich der Plastikverbrauch in den deutschen Haushalten in den letzten 20 Jahren verdoppelt. 40 Kilogramm des Kunststoffs fallen so pro Kopf pro Jahr an. Dies ergibt rund 3 Millionen Tonnen allein in Deutschland. Dabei landen Einwegkunststoffprodukte oft in den Weltmeeren. Rund 1 Millionen Seevögel und rund 100.000 Meeressäuger sterben jährlich durch den Konsum von weggeworfenen Kunststoffen. Bis 2050 könnte mehr Plastikmüll als Fische in den Weltmeeren herumschwimmen. Es liegt deshalb an jedem Einzelnen etwas dagegen zu tun. Durch die Vermeidung von Einwegkunststoffprodukten beweist die Stadt Bruchköbel ihre Weitsicht im Bereich des Umweltschutzes.

In den Gebäuden unserer Stadt sowie bei Veranstaltungen und in den städtischen Betrieben sollen deshalb Einwegkunststoffprodukte gänzlich vermieden beziehungsweise deren Zahl drastisch reduziert werden. Einwegkunststoffprodukte sollen durch eine plastikfreie Alternative ersetzt werden.

Im Übrigen war die Stadt Bruchköbel hier auch schon einmal weiter. In den neunziger Jahren gab es einen ähnlichen Beschluss schon. Daraufhin wurde ein Geschirrmobil angeschafft und dieses wurde auf allen Festen verwendet. Auf dem Weihnachtsmarkt wurden Pfandbecher eingeführt und jegliches Einweggeschirr war untersagt. Daher gilt es bei einer Neuregelung und Organisation dieses Themas eine nachhaltigere Strategie zu entwickeln, welche nicht durch die Bequemlichkeit der Menschheit wieder aufgeweicht werden kann sondern es bedarf einer Neuregelung, welche die Umwelt und die Menschen nachhaltig schützt.

Uwe Ringel
(Fraktionsvorsitzender)